

050. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages, 15.03.2017

Rede von MdL Rico Gebhardt während der Aktuellen Debatte auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Löhne und Renten niedrig – Lebenshaltungskosten hoch. Zeit für einen Politikwechsel zur Beendigung der Benachteiligung der Menschen in Ostdeutschland“

Auszug aus dem Stenografen-Protokoll

Frau Präsidentin!
Meine Damen und Herren!

26 % der 18- bis 29-jährigen Sächsinen und Sachsen sagen, zumindest bei den Erhebungen für den "Sachsenmonitor", sie hätten durch die Wiedervereinigung überwiegend Nachteile. Insgesamt sagen das nur 17 % der Gesamtbevölkerung. Wir müssen uns also ernsthaft Gedanken darüber machen: Wenn ein Viertel der jungen Generation von Nachteilen der Wiedervereinigung spricht, worin liegen die Gründe dafür bzw. worin könnten sie liegen?

Eine sächsische Altenpflegerin verdient 900 Euro weniger als ihre Kolleginnen in Bayern. Ich frage mich: warum eigentlich? Welchen Grund gibt es, dass man in Sachsen im Bereich Pflege 900 Euro weniger verdient? Das mittlere Bruttoeinkommen einer Vollzeitbeschäftigten liegt zum Beispiel im Landkreis Erzgebirge, in meinem Heimatkreis, bei 2 036 Euro, während eine Vollbeschäftigte in Wolfsburg 4 600 Euro verdient, also 2 500 Euro mehr - das Doppelte! Ist sie doppelt so viel wert? Oder ist man im Erzgebirge nur die Hälfte wert? Eine Fachkraft in Hessen verdient im Durchschnitt 47 597 Euro, in Mecklenburg-Vorpommern sind es 30 607 Euro, also 17 000 Euro weniger.

Was folgt daraus? Die Renten sinken im Osten seit vielen Jahren. Mehr als zwei Drittel erhalten eine Rente von unter 1 000 Euro. In Sachsen sind es bei den Frauen sogar mehr als 90 %. Noch schlimmer finde ich die offizielle Kinderarmutsquote. Sie liegt in Sachsen mittlerweile bei 16,9 % und damit fast 2 % über dem Bundesdurchschnitt. Man kann es auch in absoluten Zahlen sagen: Es geht um 150 000 Kinder, die im Freistaat Sachsen in Armut leben.

Jahrelang wurde Sachsen als Niedriglohnland angepriesen. Die Konsequenzen habe ich gerade vorgetragen. Nun fehlen die Köpfe, weil sehr viele abgewandert sind. Aber warum sollten sie auch wiederkommen? Warum sollte jemand wiederkommen, obwohl es ja jetzt genügend Arbeitsplätze gibt? Warum sollte jemand im Durchschnitt 17 000 Euro jährlich oder 2 500 Euro oder als Altenpfleger 900 Euro monatlich weniger verdienen wollen als in den Altbundesländern?

Die Frage ist also: Was muss getan werden? Ich denke, wir müssen dafür sorgen, dass es eine größere Tarifbindung in den sächsischen Unternehmen gibt. Wir müssen für die Beschäftigten endlich ein positiveres Bild von den Betriebsräten zeichnen. Wir müssen endlich aufhören, Lohnsteigerungen als etwas Negatives anzusehen, sondern sie positiv begleiten.

(Beifall des Abg. Horst Wehner, DIE LINKE)

Wir müssen endlich aufhören, Bittprozessionen zu global agierenden Unternehmen vorzu-

nehmen, sondern eigene Strukturpolitik machen, und wir brauchen endlich mehr Belegschaftsbeteiligung, unter anderem dann, wenn wir den großen Konzernen wieder einmal, damit sie hierbleiben, Geld zur Verfügung stellen.

(Petra Zais, GRUNE: Dazu würde die Belegschaft aber auch nicht sagen!)

Obwohl 1989/1990 die Grenzen verschwunden sind, sind die sozioökonomischen Grenzen zwischen Ost und West auch bis zum heutigen Tag mehr als deutlich zu sehen. Ich denke, dass wir endlich deutlich machen müssen, dass die Menschen im Osten keine Menschen zweiter Klasse sind, sondern dass sie genauso wie die Bürgerinnen und Bürger in den alten Ländern an den Vorteilen dieser Gesellschaft partizipieren müssen, und wir müssen endlich für mehr soziale Sicherheit und Gerechtigkeit auch für die Kinder- und die Enkelgenerationen der nach der Wiedervereinigung Geborenen sorgen. Ich habe darauf aufmerksam gemacht: Wenn ein Vierteljahrhundert nach der politischen Wiedervereinigung 26 % der Bevölkerung sagen, sie fühlen Nachteile, dann fragt man sich schon, warum.

Ich denke, wir haben viel zu tun. Lassen Sie uns darüber sprechen, welche die richtigen Wege sind. Wir wollen heute damit beginnen und diese Debatte anstoßen.
Vielen Dank.

(Beifall bei den LINKEN)

2. Rede

Frau Präsidentin!
Meine Damen und Herren!

Herr Krauß, Sie haben es nicht verstanden, worum es geht. Sie haben uns vorhin hier vorgemacht, dass Sie Freiheitsrechte gegen soziale Sicherheit ausgespielt haben. Es ist absurd, was Sie hier gemacht haben.

(Alexander Krauß, CDU: Das sagt niemand!)

Sich hier hinzustellen und zu sagen, die jungen Menschen können heute hinfahren, wohin sie wollen - es geht um die soziale Sicherheit und nicht um irgendwelche Freiheitsrechte. Das ist heute nicht das Thema, sondern es ist ein anderes.

(Zuruf des Abg. Alexander Krauß, CDU)

Wenn Sie sich heute, nach 27 Jahren, hier hinstellen und immer noch von der DDR und vom Versagen der DDR reden, dann frage ich Sie: Haben Sie sich einmal gefragt, was die Treuhand hier eigentlich angestellt hat?

(Christian Piwarz, CDU: Haltet den Dieb!)

Warum hat die eigentlich dafür gesorgt, dass es hier keinen einzigen Konzern mehr gibt?

(Zurufe von der CDU)

Es ist nämlich die Privatisierung gewesen, die dafür gesorgt hat, dass hier diese Wirtschaftspolitik stattgefunden hat

(Christian Piwarz, CDU: Geschichtsklitterung!)

- Das hat nichts mit Geschichtsklitterung zu tun.

(Christian Piwarz, CDU: Ursache und Wirkung!)

Ich lasse mir ja gern gefallen, dass Sie mir vor 20 Jahren vorgerechnet haben, was die DDR alles falsch gemacht hat. Aber sich 27 Jahre später hier hinzustellen, während Sie 27 Jahre lang Verantwortung für eine Wirtschaftspolitik hatten, und zu sagen,

(Zurufe der Abg. Alexander Krauß und Christian Piwarz, CDU)

das liege an der DDR, das ist doch lächerlich. Das ist peinlich.

(Zurufe der Abg. Alexander Krauß und Christian Piwarz, CDU)

Peinlich ist das letztendlich!

(Beifall bei den LINKEN)

Herr Krauß, wenn Sie sich hier hinstellen und erklären, dass die Arbeitslosigkeit so niedrig ist, dann sagen Sie genau solchen Unsinn. Ja, die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen. Warum ist sie zurückgegangen?

(Alexander Krauß, CDU: Freuen Sie sich doch einmal!)

- Ja, ich freue mich. Vorhin hat jemand gesagt, zwei Millionen Menschen sind aus Ostdeutschland weggegangen. Zwei Millionen Menschen! Wissen Sie, wer weggegangen ist? Bestimmt nicht die Rentnerinnen und Rentner, sondern es sind jene gewesen, die in Beschäftigung hätten sein können.

(Zuruf des Abg. Christian Piwarz, CDU)

Weil sie jetzt weg sind, gibt es sie jetzt nicht mehr. Und weil es sie nicht mehr gibt, haben wir diese niedrige Arbeitslosigkeit. Wir müssen nämlich nicht über die Arbeitslosigkeit reden, sondern über die Beschäftigung. Das ist es, was Sie jetzt vollkommen ausgeblendet haben.

(Alexander Krauß, CDU: Die Beschäftigtenzahl ist gestiegen!)

Ja, es ist richtig, dass Sie vorhin darauf hingewiesen haben, dass es bei uns günstiger ist. Aber dann müssen Sie mal das Statistische Landesamt fragen. Das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen hat vor wenigen Tagen veröffentlicht, dass die Inflationsrate in Sachsen höher ist als in den anderen Bundesländern.

Das war das Petitum unseres heutigen Antrages, und nicht - -

(Zuruf des Abg. Alexander Krauß, CDU)

- Und warum ist das so?

(Zuruf des Abg. Alexander Krauß, CDU)

Das hat doch nichts damit zu tun, dass das global ist. Natürlich ist das global, aber die Inflationsrate ist in Sachsen nun mal aktuell höher als in anderen Bundesländern. Da können Sie sich doch nicht hinstellen und sagen, es ist hier billiger als in Bayern.

(Zuruf von der CDU)

Es ist auch richtig - das ist noch einmal eine Rede an die SPD und an die GRÜNEN -, natürlich gibt es Regionen in den alten Bundesländern, denen es dreckiger geht als manchen Regionen hier, zum Beispiel in Jena, Dresden oder Leipzig. Aber das war nicht das Thema der Aktuellen Debatte heute. Das Thema der Aktuellen Debatte ist das soziostrukturelle Ungleichgewicht des Ostens. Entschuldigung, da kann man sich tatsächlich dann nicht hinstellen und sagen, es gibt im Westen aber auch Regionen, denen es schlecht geht.

(Zuruf der Abg. Hanka Kliese, SPD)

Das ist dann am Thema vorbei. Das ist dann wirklich am Thema vorbei, Frau Kliese. Das tut mir dann ein bisschen leid, weil, die Debatte heute eine andere war.

Ich glaube, es gibt ja in der SPD mittlerweile Menschen, die verstanden haben, worum es geht. Ich habe hier von der Integrationsministerin, Frau Köpping, jetzt mehrfach Signale gehört, die sie ausgesendet hat, dass es um die Benachteiligung der Ostdeutschen geht, dass wir das zum Thema machen müssen.

Wenn wir das dann aber zum Thema machen, uns vorzuwerfen, dass wir das ausschließlich wieder parteipolitisch instrumentalisieren, das tut mir dann leid. Dann muss ich irgendwann Frau Köpping als nicht ganz glaubwürdig hinstellen, wenn Sie sozusagen darstellen, dass das für Sie ein Problem ist, dass wir damit die Benachteiligung des Ostdeutschen thematisieren.

(Beifall bei den LINKEN)